

Das Faxen dicke

Versäumnisse, Wunder, Notwendigkeiten – Corona-Deutschland, eine Zwischenbilanz | Von Ulrich Frei

Gerade ist es ein Jahr her, dass der erste Coronafall in Deutschland diagnostiziert wurde. Was zunächst als chinesisches und dann bayerisches Problem eingeschätzt wurde, entwickelte sich rasant zu einer weltweiten Pandemie. In den Monaten März bis Mai erfasste uns die so genannte erste Welle. Stringente Maßnahmen zur Eingrenzung wurden ergriffen, die klinischen Behandlungskapazitäten wurden deutlich erweitert. Mit Blick auf andere Länder hatte man in Deutschland den Eindruck, dass Schlimmeres an uns vorübergegangen sei, weil wir so „gut“ waren.

Obwohl in den ersten Wochen massive Defizite in der Pandemiebekämpfung und ihrer Folgen sichtbar waren, legte man ab Mai die Hände in den Schoß, anstatt die Zeit zu nutzen, um die Digitalisierung der Gesundheitsämter und der Schulen schnell und pragmatisch voranzubringen. Zwar gab es einen vielstimmigen Chor von Experten, die warnten, dass es zu einer zweiten Welle im Herbst kommen wür-

de. Doch zuerst einmal fuhr die Republik in den Urlaub und stellte im August mit großer Überraschung fest, dass diese Urlauber ja auch wieder zurückkehrten. Eilig und reichlich unkoordiniert wurden Teststellen an Flughäfen und Autobahnen aufgestellt, mangelnde Laborkapazität und IT-Chaos taten das ihre.

Ein erster Zündstoff für eine zweite Welle war eingeschleppt, und die Gesundheitsämter faxten immer noch.

Die Öffentlichkeit lächelte Anfang Oktober über die Prognosen der Bundeskanzlerin, die tägliche Raten von 19 000 Infizierten für Weihnachten prognostizierte. Halbherzig wurden Eindämmungsmaßnahmen ergriffen, wiederum mit föderalen Unterschieden und unter der irrigen Vorstellung, dass eine Überschwemmung in Koblenz nicht auch ein paar Tage später in Köln aufträte. Die Fallzahlen stiegen exponentiell, das Gesundheitswesen, die Intensivstationen wurden nun tatsächlich maximal gefordert, Bundesländern wie Sachsen stand das Wasser bis zum Hal-

se. Zur Jahreswende gab es weit mehr als das Doppelte an Fällen. Die Pflegekräfte, obwohl sie bereits viel, viel mehr als im Frühjahr leisteten, waren ohne Unterlass gefordert. An den Strukturen hatte sich nicht viel geändert, die Gesundheitsämter faxten – jetzt mit Hilfe der Bundeswehr – größtenteils immer noch, die Schulen warteten auf die Lieferung der Lehrerlaptops, die Corona-Warn-App zeigte Grün, und die Todeszahlen stiegen von Tag zu Tag.

In dieser Phase richteten sich alle Blicke auf das Impfen. Schon im Frühjahr war klar, dass man dieser Pandemie am Ende nur mit einem breiten Impfschutz würde beikommen können. Nimmt man die üb-

lichen Entwicklungszeiten für Impfstoffe, so geschahen fast Wunder. Schon im dritten Quartal 2020 gab es die ersten erfolgversprechenden Entwicklungen. Als Erstes wurde in Russland geimpft, in Europa jedoch blickte man auf diesen sehr konventionellen Ansatz etwas skeptisch herab. Etwas später kamen BionTech und Moderna mit ihrem einem iPhone-ähnlichen Innovationsprung, der mRNA-Technik, auf den Markt. Andere Großfirmen versuchten sich ebenfalls: AstraZeneca, Johnson & Johnson, Merck und Sanofi. Der Wettlauf um ausreichenden Impfstoff ging los. Die Bestellungen in millionenfachen Dosen hatten einen gewissen Lotterierisikocharakter, weil noch nicht klar war, welches Konzept und welche Firma das Rennen machen würde.

Und wie es sich zeigte, waren die Ansätze qualitativ risikobehaftet. Merck musste ganz aufgeben. Sanofi hatte Probleme. BionTech/Pfizer sowie Moderna waren zuerst mit einem offenbar äußerst wirksamen Impfstoff da. Alles schien gerettet. Da

entwickelten sich zwei neue Herausforderungen: Zum einen stellte sich heraus, dass die Firmen Versprechen gemacht hatten, die weit über ihren Kapazitäten lagen, und es traten Virusmutanten auf den Plan mit einer höheren Ansteckungsrate. Wie immer, wenn es von einem Stoff zu wenig gibt, kommt Streit auf, und man blickt auf den Nachbarn, der angeblich mehr abbekommt. Tatsache ist, dass die Produktionskapazitäten der Firmen und ihrer Zulieferer für die erforderlichen Mengen derzeit nicht ausreichen. Die gute Nachricht ist, es besteht berechtigte Hoffnung. BionTech/Pfizer nimmt ein Werk in Marburg in Betrieb, Sanofi bietet an, den BionTech-Impfstoff in seinen ehemaligen Hoechst-Werken in Frankfurt zu produzieren. Das Versprechen, dass genug Impfstoff im Sommer da ist, bleibt realistisch. Die schlechte Nachricht – auch für Wahlkämpfer – ist: Die Virusmutanten werden dennoch schneller sein als die Impfung. Ihrer Ausbreitung ist weiterhin nur durch konsequente Eindämmung beizukommen. Von Lockerung noch keine Spur.



AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Zäsuren

Man kann Sterne sprechen. Und auch Unterstriche. Nachrichtensprecher und Moderatoren tun es inzwischen und sonst alle, die einer geschlechterneutralen Sprache das Wort reden. Was die Autorin dieser Zeilen augenscheinlich nicht tut, sonst hätte sie „Nachrichtensprecher*innen“ oder Moderator*innen geschrieben.

Unübersehbar geht es an dieser Stelle um das Gendersternchen, diese kleine Applikation am Ende eines generischen Maskulinums, hinter den dann noch die weibliche Form gesetzt wird, das „innen“ also. Die Sprechweise des Sternchens ist denkbar simpel: Mit einer Zehntelsekunde Verzögerung, einer klitzekleinen Aufmerksamkeitszäsur stolpert das „innen“ hinterher.

Die Argumente dafür sind hinreichend diskutiert: Wenn Sprache das Denken prägt, dann befördert die Benutzung des generischen Maskulinums die unbewusste Voreingenommenheit in unseren Köpfen. Jene nämlich, dass es in unserer Gesellschaft vor allem um die Männer geht.

Nur, stimmt das eigentlich? Wer sagt denn, dass man, wenn von Lehrern im generischen Maskulinum die Rede ist, wenn also Lehrerinnen auch gemeint sind, sofort ein ausschließlich männliches Kollegium vor Augen hat? Genau das ist sicher nicht der Fall. Denn das Gros des Lehrpersonals ist weiblich. Bei Ingenieurinnen verhält es sich anders. Weil Ingenieurinnen noch immer in der Unterzahl sind, wird man bei Gebrauch des Maskulinums tatsächlich eher an Männer denken. Und wenn man von Flugbegleitern spricht, kommt vielen sicher erst einmal die Armada von Stewardessen in den Sinn, die ihre Rollkoffer in Richtung Ausgang ziehen. Hingegen würde bei Räuubern, Dieben, Betrügnern, Schlägnern, Rechtsradikalen, Steuerhinterziehern oder Alkoholikern wahrscheinlich kaum jemand sofort an Frauen denken. Genauso wenig allerdings, wenn von „dem Vorstand“ gesprochen wird, weil Leadership in Deutschlands Unternehmen noch immer männlich ist. Ob allein das Wort „Vorstand*innen“ daran etwas ändern würde?

Nicht die Sprache prägt die Wahrnehmung des Geschlechts, sondern die Erfahrung. Es gibt mehr männliche Kriminelle als weibliche, mehr Männer in Technikberufen, mehr Frauen in der Pädagogik der Sekundarstufe 1 und 2. Es wäre schön, wenn sich die Geschlechter gleichmäßiger auf die Berufe und auch die Macht verteilten. Doch erreicht man das mit einer geschlechterneutralen Sprache? So lange das Gehirn mehr männliche Monteur*innen nichts daran ändern. Es gibt viele Möglichkeiten, Geschlechtergerechtigkeit in einer Gesellschaft zu befördern. Ein erzwungenes Sternchen gehört sicher nicht dazu. Zumal „frau“ bei so manchem generischem Maskulinum tatsächlich lieber außen vor bleibt.

Geopolitische Rohrbrüche

Was hinter dem internationalen Streit um die Gaspipeline Nord Stream 2 steckt | Von Tom Stevenson

Zur Erinnerung: In Mitteleuropa fehlen große Kohlenwasserstoffvorkommen (vor allem Erdöl und Erdgas). Auf der Jamal-Halbinsel und rund um die Mündung der Karasee in Russland finden sich hingegen die größten Gasfelder der Welt.

Diese Ungleichverteilung an Ressourcen hat zur Folge, dass mehr als die Hälfte des Erdgases, das die großen, relativ wohlhabenden Bevölkerungszentren Europas importieren, aus Sibirien kommt. Ein geologischer Zufall ist also der Grund dafür, dass die Rohstoffe für die Industriezentren Europas mit großem finanziellen und logistischen Aufwand von außerhalb des Kontinents bezogen werden müssen.

In der starren Debatte über die Nord-Stream-2-Pipeline fokussierte sich die Standardkritik an dem Projekt bisher auf das Problem der europäischen „Abhängigkeit“ von russischen Gaslieferungen. Pipelines schaffen langfristige Verpflichtungen: Ist es also klug, das Angewiesensein auf den russischen Staat in Sachen Energie noch zu erhöhen? Im vorherrschenden politischen Klima einer hysterischen Russophobie wird Nord Stream 2 häufig als direkte Kollaboration mit Wladimir Putin aufgefasst, der angeblich an der Spitze eines wieder auflebenden regionalen Imperiums stehe. Die Realitäten in Russland im Jahr 2021 – in dem Öl- und Gasverkauf 60 Prozent der Exporte und 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen – zeigen jedoch ein anderes Bild. Weit davon entfernt, ein erneut zum Leben erwecktes Reich des Bösen zu sein, ist Russland faktisch zu einem Dritte-Welt-Modell einer Geheimdienst-Aristokratie zurückgekehrt, die sich durch den Verkauf von natürlichen Ressourcen finanziert. Russlands Rolle als Gaslieferant für Europa stellt keinen strategischen Hebel bereit, wie ihn etwa die Vereinigten Staaten mit der Kontrolle über die Lieferungen von kohlenwasserstoffbasierten Ressourcen aus dem Persischen Golf nach Ostasien besitzen, denn Russland ist weitaus mehr auf die Einnahmen aus dem Energieverkauf angewiesen als umgekehrt Europa auf die Lieferung russischen Gases.

Dass Russlands Position eine der Verwundbarkeit und nicht eine des potenziellen Druckausübens ist, ist sowohl in Moskau als auch in Washington (von dem Europa faktisch



Das russische Verlegeschiff Fortuna wird für Bauarbeiten an der deutsch-russischen Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 eingesetzt

durch militärische Vereinbarungen in Abhängigkeit gehalten wird) gut bekannt. Denn solange bedeutende Mengen sibirischen Gases durch Osteuropa geleitet werden müssen, ist die Gefahr gegeben, dass der russische Staat erpresst werden könnte. Die Ukraine – die sich unklugerweise in eine unsichere Annäherung an die EU hat locken lassen – könnte Energieexporte blockieren, indem sie den Transport durch ihr Territorium verweigert oder die Transitgebühren erhöht. Die Mehrheit der jüngsten strategischen Entscheidungen Russlands ist dieser Angst geschuldet. Die Annexion der Krim ist nur das offensichtlichste Beispiel für diese übergeordneten Befürchtungen. Das geschickt eingefädelte Spiel, durch das Alexander Lukaschenko bei den Wahlen in Weißrussland auf Linie im Sinne Russlands gebracht wurde, ist ein weiteres.

Es überrascht kaum, dass die USA in ihrem vielschichtigen Bemühen, einen Ausbau der europäisch-russischen Gasverbindung zu verzögern, vor allem das Abhängigkeitsparadigma verbreitet haben. Neben dem aktiven Betreiben einer Anti-Russland-Allianz osteuropäischer Staaten durch das US-Außenministerium und der Verhängung extraterritorialer Sanktionen war der Schutz Europas vor einer „Abhängigkeit von Russland“ immer zentraler Bestandteil amerikanischer Strategie.

Ohne einen Durchbruch in der Technologie zur Speicherung von Energie können erneuerbare Energien das kohlenwasserstoffbasierte System zwar ergänzen, aber nicht ersetzen. Und bis zu diesem Durchbruch – wenn es überhaupt so weit kommt – wird Gas eher an Bedeutung zunehmen. Die Bedenken angesichts der Interessen und Absichten des Putin-Clans lenken von der Tatsache ab, dass die grundlegenden Dynamiken im Energiebereich bestehen bleiben werden, ganz gleich, wer Russland regiert. Und im Großen und Ganzen gilt das genauso auch für die Erwartungen, die sich derzeit an die Biden-Regierung richten.

Können wir dann, wenn wir die Ängste vor der Abhängigkeit von Putin einmal beiseite lassen, wie die Befürworter der Pipeline es tun, ohne Weiteres zu dem Schluss kommen, dass die russisch-deutsche Gaspolitik schlicht eine geschäftliche Angelegenheit ohne große-

re Auswirkungen ist? Hier lohnt es, sich die Krisen näher anzuschauen, die sich zeitgleich mit der Russland-Pipeline-Debatte ereignet haben. Die erste Nord-Stream-Pipeline wurde inmitten der Euro-Schuldenkrise eröffnet, die auf dramatische Weise die Spaltung innerhalb der EU zwischen den südlichen Staaten und einem sich hinter Deutschland versammelnden nördlichen Block (zu dem auch Österreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden gehören, wobei die beiden Letzteren keine Erfahrung mit den übergreifenden Auswirkungen einer multinationalen Geldpolitik haben) erkennbar machte.

Das politische Establishment der nördlichen Staaten weigerte sich anzuerkennen – und dies bis heute –, dass es allein von einem Währungsregime profitiert, in welchem Exportüberschüsse nicht automatisch durch eine Aufwertung begrenzt werden – quasi ein Geschenk, das dem Norden auf Kosten der Arbeitslosigkeit im Süden zufällt (im Herbst 2020 lag das italienische Bruttoinlandsprodukt zehn Prozent unter dem Niveau von 2008).

Innerhalb Europas nimmt die Bedeutung der Abhängigkeit von sibirischem Gas ab, je weiter man nach Westen und Süden kommt: Die Energieallianz mit Russland ist für Deutschland lebenswichtig, während sie für Spanien

